

Bauern sollen weniger melken

Rhein-Erft-Rundschau 2016-04-16

# Bauern sollen weniger melken

## Agrarminister: Produktion freiwillig drosseln – Subventionen möglich

**GÖHREN-LEBBIN.** Bauern und Molkereien sollen angesichts stark gesunkener Preise freiwillig weniger Milch produzieren und dazu möglicherweise staatliche Anreize erhalten. Dafür haben sich die Agrarminister der Länder am Freitag ausgesprochen. Die Politik sei bereit, dies mit staatlichen Bonushilfen zu flankieren, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Ressortchef Till Backhaus (SPD) als Vorsitzender zum Abschluss der Agrarministerkonferenz in Göhren-Lebbin.

Die Länder forderten den Bund auf, Mittel dafür bereitzustellen oder bei der EU einzuwerben. Drücke das nicht spürbar die Milchmenge, solle der Bund die EU dazu bringen, den Ausstoß vorübergehend entschädigungslos zu drosseln. Backhaus zufolge werden Signale bis zum Sommer erwartet.

„Wir müssen den Marktteilnehmern die Möglichkeit geben, sich beim Preis selbst zu einigen“, sagte Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). Dieser Beschluss sei einstimmig gefasst worden. Milchbauern hatten

vor der Konferenz Bedenken gegen derartige Vorschläge geäußert. Sie fürchten, bei Verhandlungen mit den Molkereien den Kürzeren zu ziehen. Ein „Nanny-Prinzip“, wonach die Staaten oder die EU die Verantwortung für die Marktbeteiligten übernehme, lehne er ab, sagte Schmidt. Auch werde es kein Zurück zur Milchquote geben. Schmidt sagte zu, bei der EU Finanzmittel einzuwerben. Das sollten aber in erster Linie Liquiditätshilfen für die Höfe sein. „Eine Reduzierung der Milchmengen finanziell zu unterstützen, halte ich für rechtlich schwierig“, sagte er. Aber auch das müsse geprüft werden.

In der EU stünden in diesem Jahr für die Bewältigung von Krisen 440 Millionen Euro aus dem Agrarhaushalt zur Verfügung. Dieses Geld müsste aber im nächsten Jahr aus dem Topf für Direktzahlungen an die Bauern zurückgezahlt werden, sagte Schmidt. Besser wäre es, wenn im Vorjahr von Mitgliedsstaaten nicht abgerufene Mittel aus dem Haushalt dafür bereitgestellt werden könnten. (dpa)